

Energiekosten: Entlastungspaket des Bundes nicht ausreichend

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann hält das vom Bundeskabinett beschlossene Entlastungspaket für nicht ausreichend und unterstützt die Forderung von NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst nach Steuersenkungen und einer Erhöhung der Pendlerpauschale. „Die Ampel sollte den Steueranteil an den Energiepreisen weiter senken. Das wäre die einfachste Entlastung auf breiter Front. Unterstützung brauchen auch Menschen, die trotz Arbeit ihren Lebensunterhalt kaum aus eigener Kraft bestreiten können, niedrige Rente beziehen oder gar kein Einkommen haben. Rentner, Minijobber und Studenten werden im Stich gelassen. Auch gilt es die Belange unserer Handwerksbetriebe im Blick zu behalten. Zudem sollte die Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer erhöht werden“, fordert Breilmann.

Ukraine-Krieg: Frieden und Freiheit in Europa verteidigen

Die Fraktionen der Regierungskoalition und der CDU/CSU bekennen sich einhellig zur umfassenden Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen den russischen Aggressor. Der Bundestag verabschiedete mit ihren Stimmen am Donnerstag einen [gemeinsamen Antrag](#), in dem auch die Lieferung schwerer Waffen befürwortet wird. Unionsfraktionschef Friedrich Merz zeigte sich zufrieden, dass somit endlich Klarheit über die Haltung Deutschlands geschaffen werde. In dem Antrag heißt es: „Neben der umfassenden ökonomischen Isolierung und Abkoppelung Russlands von



„Der Druck der Unionsfraktion hat sich ausgezahlt“: Unions-Fraktionschef Friedrich Merz in der Debatte im Bundestag. (Foto: CDU/CSU)

den internationalen Märkten ist das wichtigste und wirksamste Mittel, um den russischen Vormarsch zu stoppen, die Intensivierung und Beschleunigung der Lieferung wirksamer, auch schwerer, Waffen und komplexer Systeme durch Deutschland in enger Abstimmung mit unseren Partnern in NATO, EU und der Welt.“ Verhindert werden soll auch, „dass Russland den Krieg auf weitere Staaten ausdehnt“. Die Fraktionschefs von Union, SPD, Grünen und FDP hatten den Antrag zuvor als starkes Signal der Verantwortung für die Ukraine und der Geschlossenheit gegen den russischen Angriffskrieg bezeichnet.

In der Debatte kritisierte Merz scharf, dass Kanzler Scholz sich erst nach acht Wochen des Angriffskriegs dazu bereit erklärt hatte, die Ukraine auch mit schweren Waffen zu unterstützen. „Das ist nicht Besonnenheit, das ist Zögern, das ist Zaudern und das ist Ängstlichkeit“, sagte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion. Erst am Dienstag hatte der Kanzler der Lieferung von Luftabwehrpanzern aus Industriebeständen zugestimmt. Merz unterstrich, dass es des Antrags gar nicht bedurft hätte, wenn Scholz sich früher zu einer umfassenden Unterstützung der Ukraine bekannt hätte und verwies auf die heftige Kritik am Kanzler aus den Reihen der Ampel. Erst der Druck aus der CDU/CSU aber habe dazu geführt, dass es zu dem gemeinsamen Antrag gekommen sei. Nun könne sich die Regierung auf das breite Votum des Bundestages stützen. „Niemand von uns befürwortet leichtfertig den Einsatz militärischer Gewalt“, so der CDU-MdB Michael Breilmann. Putin könne man aber nicht anders aufhalten. Es bestehe die Gefahr, dass nach der Ukraine auch weitere Länder vom russischen Regime bedroht würden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

erneut wurde diese Woche deutlich: die Regierung Olaf Scholz hat keine klare Linie! Das KfW-Förder-Hickhack von Wirtschaftsminister Habeck geht in die



nächste Runde. Schon wieder ist der Fördertopf der KfW-Bank, der Häuslebauer und Wohnungskäufer unterstützen soll, ökologisch zu bauen, leer: Binnen Stunden waren eine Milliarde Euro Zuschüsse für Kredittilgung im Neubauförder-Programm weg. Jetzt kommt heraus: Ein Viertel davon strichen Handelsketten und Firmen ein. Die Leidtragenden: Private Bauherren, die keine Tilgungszuschüsse erhielten. Auch Bauministerin Geywitz verheddert sich bereits in ideologischen Debatten um den Traum vom Einfamilienhaus.

Kanzler Scholz warnte vor dem Atomkrieg bei Lieferung schwerer Waffen, in dieser Woche wird die Lieferung von Gepard-Panzern in die Ukraine zugesagt. Wir sollten das Narrativ Putins von einem dritten Weltkrieg nicht übernehmen. Sie ist Teil seiner Strategie der Destabilisierung des Westens. Eine Stärkung der Abwehr der Ukraine schützt auch uns davor, später in einen Bündnisfall hineingezogen zu werden, wenn Putin nach der Ukraine seine kriegerische Aggression ausweitet. Zögern und Zaudern - die Bundes-Ampel hat eine gewaltige Funktionsstörung. Ständige Regierungskrisen kann sich unser Land aber nicht erlauben.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Asyl: Durchsetzung des Rechts sichert Vertrauen

Die AfD-Fraktion stößt im Bundestag mit ihrer Forderung nach einer „Abschiebungsoffensive“ für abgelehnte Asylbewerber auf scharfen Widerspruch bei der Ampelkoalition sowie bei der Linksfraktion. Auch Redner der CDU/CSU-Fraktion wandten sich am Donnerstag in der ersten Debatte über einen AfD-Antrag mit dem Titel „Nationale Kraftanstrengung zur Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern“ gegen die Vorlage, sahen aber Handlungsbedarf bei der Rückführung abgelehnter Asylsuchender. Der Antrag wurde nach der Aussprache zur weiteren Beratung in den Innenausschuss überwiesen.



Wies zu Beginn seiner Rede auch persönliche Attacken von AfD-Abgeordneten gegen den Verfassungsschutz scharf zurück: CDU-Bundestagsabgeordneter Michael Breilmann in der Debatte zur Asylpolitik am Donnerstag im Bundestag. (Bild: privat)

„Die Position der Union ist klar“, so Innenausschussmitglied Michael Breilmann in seiner [Rede](#): „Auf der einen Seite gilt es diejenigen zügig abzuschieben, die kein Anrecht auf Asyl bei uns haben! Auf der anderen Seite wollen wir einen pragmatischen Weg für diejenigen finden, bei denen es seit Jahren ein Abschiebehindernis gibt, die sich aber nichts zu Schulden haben kommen lassen, stattdessen gut integriert sind“. Die Länderinnenminister hätten sich zu Recht für „eine verbesserte Rückführungspolitik auf Unionsebene“ ausgesprochen und gemeinsame Anstrengungen bei der Rückführung von Personen aus dem islamistischen Spektrum und Straftätern ausgesprochen. „Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, Menschen, die in großer Not zu uns gekommen sind, zu helfen“, so MdB Breilmann. „Daher sollte immer rasch entschieden werden: Wer hat ein Recht, in Deutschland zu bleiben, und wer nicht? Wer nicht bleiben darf, muss Deutschland wieder verlassen! Wer bleiben darf, dem helfen wir bei der Integration!“

Sondervermögen Bundeswehr langfristig stärken

Hundert Milliarden Euro will die Koalition neben dem regulären Verteidigungshaushalt bereitstellen, um die Bundeswehr besser auszustatten. Für dieses „Sondervermögen“ soll die Schuldenbremse des Grundgesetzes nicht gelten. Allerdings fehlt der Koalition die Zwei-Drittel-Mehrheit, um das Grundgesetz entsprechend zu ändern. Bei der ersten Lesung der entsprechenden Gesetzentwürfe warben die drei Regierungsfractionen deshalb um die Stimmen der CDU/CSU-Opposition. Darüber wird nun im Haushaltsausschuss verhandelt, aber auch zwischen Fraktionsführung und Regierung. „Das Sondervermögen für die Bundeswehr“ bewegt sich nicht von der Stelle.

Der bisherige Vorschlag der Ampel bleibt hinter unseren Erwartungen zurück“, so CDU-MdB Michael Breilmann. Das Paket müsse so wirken, dass es die Bundeswehr langfristig stärkt. „Die Verteidigungsausgaben müssen dauerhaft und unabhängig vom Sondervermögen auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen“, so der CDU-Politiker. „Vor Verabschiedung muss klar sein, was mit dem Geld für unsere Streitkräfte erreicht wird. Das Beschaffungswesen muss grundlegend geändert werden. Wir brauchen zudem einen Tilgungsplan für die zusätzlichen Schulden“, so Breilmann.

Impulse für Einzelhandel und Innenstädte setzen

Der Bundestag befasste sich am Freitag mit einem [Antrag](#) der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Nachhaltige Impulse für Einzelhandel und Innenstädte“. Der Antrag wurde in den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Die Union fordert die Bundesregierung in ihrer Initiative auf, wirksame steuerliche Instrumente für eine rasche Erholung der innerstädtischen Betriebe einzuführen, insbesondere eine Ausweitung der steuerlichen Verlustverrechnung. Darüber hinaus soll ein Innenstadt- und Ortskernfonds aufgelegt werden, mit dem innovative Projekte zur Reaktivierung von Innenstädten, Stadtteilzentren und Ortskernen unterstützt werden können. Bestehende Programme zur Stärkung von Innenstädten und Ortskernen sollen darin integriert werden. In Abstimmung mit den Ländern soll geprüft werden, ob eine Ausweitung von werktäglichen Ladenöffnungszeiten mehr Flexibilität, eine erweiterte Frequenz und damit Impulse für den innerstädtischen Einzelhandel setzen kann. „Wir wollen unsere Innenstädte zukunftsfest machen und beleben. Durch die Corona-Belastungen müssen wir schnell handeln“, so CDU-MdB Michael Breilmann.

Impressum:

Ausgabe Nr. 07 der 20. Wahlperiode

29. April 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häbeler/

M.-L. Rosenberger/R. Hoffmann